Stand: 12.07.2025 03:42:29

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/19294

"Das Erbe von Wilhelm Hoegner achten, Demokratie leben - 75 Jahre Bayerische Verfassung"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/19294 vom 01.12.2021
2. Beschluss des Plenums 18/19333 vom 01.12.2021
3. Plenarprotokoll Nr. 98 vom 01.12.2021

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 01.12.2021 **Drucksache** 18/**19294**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Margit Wild, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Stefan Schuster, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Volkmar Halbleib, Annette Karl, Natascha Kohnen, Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann** und **Fraktion (SPD)**

Das Erbe von Wilhelm Hoegner achten, Demokratie leben – 75 Jahre Bayerische Verfassung

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Als Verfassungsorgan ist er den Staatszielbestimmungen und Grundrechten der Bayerischen Verfassung besonders verpflichtet. Vor allem in schwierigen Zeiten sind wehrhafte Demokratinnen und Demokraten gefordert.

Die Staatsregierung wird zur Unterstützung einer wehrhaften Demokratie aufgefordert, insbesondere folgende Maßnahmen zu ergreifen:

1. im Rahmen der vorhandenen Stellen und Mittel ein Landesprogramm zur Stärkung von Demokratie und Vielfalt ins Leben zu rufen.

   Das Landesprogramm zur Stärkung von Demokratie und Vielfalt soll folgende Elemente beinhalten:

   a) Demokratinnen und Demokraten stärken
      - Einrichtung, Unterstützung und finanzielle Ausstattung einer unabhängigen, professionellen und zivilgesellschaftlich getragenen Beratungsstelle für Opfer rassistischer, antisemitischer und islamophober Gewalt
      - Einrichtung eines unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus
      - Auflegung eines Modellprojekts zur Stärkung der Kommunen in ihrem Einsatz für demokratische Werte und gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und weitere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit
      - Einbeziehung aller relevanten Akteure bei der Extremismusprävention (Kommunen, Zivilgesellschaft) in das Bayerische Aktions- und Förderprogramm „Demokratie stärken!“
      - Errichtung einer Koordinierungsstelle „Demokratie stärken!“ in der Staatskanzlei zur Koordinierung und Sensibilisierung des Verwaltungshandelns auf allen Ebenen und über alle Ressortgrenzen hinweg für Demokratie und gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Islamophobie und weitere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie Vernetzung der Verwaltung mit der Zivilgesellschaft
      - regelmäßige Evaluierung des bayerischen Aktions- und Förderprogramms „Demokratie stärken!“ alle fünf Jahre durch eine unabhängige Stelle und einen Bericht an den Landtag

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

– humanitäres Bleiberecht für Opfer rechter Gewalt ohne gesetzlichen Bleibestatus

b) Zweiflerinnen und Zweifler überzeugen

Um Menschen zu erreichen, die gefährdet sind, rechtsextreme Überzeugungstäter zu werden, sollen folgende Maßnahmen im Rahmen des Programms umgesetzt werden:

– Ausbau und Förderung der zivilgesellschaftlichen Ausstiegsberatung für Mitglieder extremistischer Szenen
– regelmäßige wissenschaftliche Untersuchungen zur Verbreitung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit unter der bayerischen Bevölkerung (Bayern-Monitor)
– verstärkte Forschung und Aufklärung zum Umgang mit demokratiefeindlichen Einstellungen in Betrieben, Vereinen und Bevölkerungsgruppen, die von der klassischen politischen Bildungsarbeit nicht erreicht werden

c) Überzeugungstäterinnen und -tätern die Grundlagen entziehen

– wissenschaftliche Evaluierung aller Maßnahmen, Angebote und Projekte gegen Rechtsextremismus in Bayern, insbesondere des Bayerischen Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus durch eine unabhängige Stelle
– Verbot von Internetangeboten, die auch der Organisation, Planung und Absprache von Hasskampagnen den unter dem Begriff „Cybermobbing“ zusammengefassten Straftaten dienen, so z. B. die Internetplattform „PI-News“
– Schaffung der Voraussetzungen zur Strafbewehrung von „Werbung auf Plattformen ohne ausreichendes Impressum/presserechtlich Verantwortlichen“; bei der Höhe ist danach zu staffeln, ob gezielt auf solchen Plattformen oder zunächst unbewusst über Drittanbieter geworben wurde

2. ein Gesamtkonzept zur Demokratiebildung vorzulegen, in dem vorhandene Initiativen gebündelt und zusätzliche, neue Maßnahmen ergriffen werden.

Darin sind insbesondere sind folgende Maßnahmen aufzunehmen:

– Bildung eines „Forums Demokratie“ in Verantwortung von staatlichen Vertretern und Nicht-Regierungsorganisationen
– Demokratieerziehung an allen Schularten als Übungsfelder demokratischen Verhaltens ausweiten
– Aufbau eines transdisziplinären Zentrums für Demokratieentwicklung in der universitären Bildung
– Aufbau eines Modularsystems zur verpflichtenden Demokratieschulung in allen Bereichen der staatlichen Aus-, Fort- und Weiterbildung
– allgemeine Erwachsenenbildung als Servicestelle für eine starke Demokratie und Bürgerbeteiligung

Begründung:

Die Bayerische Verfassung feiert dieses Jahr ihr 75-jähriges Jubiläum. „Als Vater der Bayerischen Verfassung“ gilt anerkanntermaßen der Sozialdemokrat Wilhelm Hoegner. Tatsachen, die CSU/FREIHE WÄHLER in ihrem Dringlichkeitsantrag leider unerwähnt lassen. Wilhelm Hoegner schrieb aber nicht nur die Bayerische Verfassung, er prägte insofern durch sein Wirken auch unser Grundgesetz wesentlich mit. Als erbitterter Gegner der Nazis wurde er von diesen ins Exil getrieben. Nach dem Krieg kam er mit den ersten Entwürfen unserer Verfassung zurück und wurde Bayerischer Ministerpräsident. Als Vorsitzender des Vorbereitenden Verfassungsausschusses vollendete er dann das heute noch großartige Gesetzeswerk, unsere Bayerische Verfassung. Leider sieht sich unsere Demokratie und damit auch unsere Verfassung heute immer noch großen Ge-

fahren gegenüber. Rechtsextremisten, Antisemiten, Verschwörungstheoretiker, Coronaleugner etc., die z. T. nicht einmal davor zurückschrecken, Holocaustvergleiche anzustellen. Um unsere Demokratie zu stärken, sie vor Gefahren zu schützen und das Erbe von Wilhelm Hoegner zu achten, bedarf es daher der oben geforderten Maßnahmen.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 01.12.2021 **Drucksache** 18/**19333**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian von Brunn, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Arif Tasdelen, Margit Wild, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Stefan Schuster, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Volkmar Halbleib, Annette Karl, Natascha Kohnen, Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 18/**19294**

Das Erbe von Wilhelm Hoegner achten, Demokratie leben – 75 Jahre Bayerische Verfassung

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring
Abg. Tobias Gotthardt
Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher
Abg. Alexandra Hiersemann
Abg. Christian Klingen
Abg. Gabi Schmidt
Abg. Prof. Dr. Winfried Bausback
Abg. Ulrich Singer
Abg. Julika Sandt
Abg. Dr. Ute Eiling-Hütig
Abg. Ralf Stadler
Staatssekretärin Anna Stolz
Abg. Johannes Becher

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU)
75 Jahre Bayerische Verfassung - 75 Jahre gelebte Demokratie (Drs. 18/19276)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr u. a. und Fraktion (SPD)
Das Erbe von Wilhelm Hoegner achten, Demokratie leben - 75 Jahre Bayerische Verfassung (Drs. 18/19294)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart u. a. und Fraktion (AfD)
Nein zur politischen Indoktrination von Kindern (Drs. 18/19295)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem Kollegen Tobias Gotthardt von der Fraktion der FREIEN WÄHLER, das Wort.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag, liebe Bayerische Verfassung. Schee, dass es dich gibt. Weil es dich seit einem Dreivierteljahrhundert gibt, bist du heute Mittelpunkt unseres Dringlichkeitsantrags. Du bist die Grundfeste für die Selbstständigkeit unseres Freistaats Bayern als Land und Teil der Bundesrepublik Deutschland im vereinten Europa. Du bist das Ergebnis der wahrlich mutigen Verfassunggebenden Landesversammlung, die 1946 in der Aula der Münchner Universität getagt hat. Du wurdest in einem Umfeld und in einer Gesellschaft erarbeitet, die noch

massiv von den Wirren und Folgen des Krieges geprägt war. In diese Zeit hinein hast du, liebes Geburtstagskind, liebe Verfassung, demokratisch geleuchtet. Du hast gerufen nach Freiheit, nach Frieden, nach Gerechtigkeit, nach Menschlichkeit und nach Miteinander. Du bist als mutige Verfassung bis heute Grundlage der guten demokratischen Verfassung unseres Freistaats. Du bist die Basis politischer Stabilität, wirtschaftlicher Prosperität und sozialer Balance in unserem Land.Du hast bis heute nicht aufgehört, zu leuchten, zu rufen, ja auch zu mahnen. Ich zitiere:

> Angesichts des Trümmerfeldes, zu dem eine Staats- und Gesellschaftsordnung ohne Gott, ohne Gewissen und ohne Achtung vor der Würde des Menschen die Überlebenden des zweiten Weltkrieges geführt hat, in dem festen Entschlusse, den kommenden deutschen Geschlechtern die Segnungen des Friedens, der Menschlichkeit und des Rechtes dauernd zu sichern, gibt sich das Bayerische Volk, eingedenk seiner mehr als tausendjährigen Geschichte, nachstehende demokratische Verfassung.

Stark! Echt stark! Jedes Wort dieser Präambel wiegt wie Gold für eine funktionierende, für eine demokratische Gesellschaft.

Seien wir ehrlich: Wer dich liest, liebe Verfassung, ist an mancher Stelle auch überrascht, manchmal schmunzelt man, manchmal ist man bewegt, manchmal ist man beeindruckt. Du lehrst uns: Kinder sind das köstlichste Gut eines Volkes. Du willst, dass unsere Schulen auch das Herz und den Charakter unserer Kinder bilden. Du bist sozial und hast schon 1946 der Festlegung von Mindestlöhnen für jeden Berufszweig den Weg bereitet. Du bist unglaublich bürgernah und hältst mit Volksbegehren, Volksentscheiden und dem obligatorischen Verfassungsreferendum eine Vielzahl plebiszitärer Elemente bereit.

Und, du bist wahrlich einzigartig, etwa mit dem "Schwammerlparagrafen", dem Artikel 141, mit dem du ein eigenes bayerisches Grundrecht schaffst, das den Genuss der Naturschönheiten, die Erholung in der freien Natur und die Aneignung wildwachsender

Waldfrüchte in ortsüblichem Umfang jedermann bis heute gestattet. Umso mehr bist du ein Schatz im Gesamten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, an uns liegt es, diesen Schatz zu wahren und zu verteidigen, jeden Tag, ganz besonders an diesem heutigen Verfassungstag.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Die Replik der historischen Verfassungslade von 1818 im zweiten Stock diesen Hohen Hauses ist dafür die sinnbildliche Erinnerung: Schützen wir unsere Verfassung! Genau das ist bei aller Feierlaune heute auch der Anlass für unseren Dringlichkeitsantrag zu 75 Jahren gelebter Demokratie in Bayern. Stehen wir miteinander für sie ein!

Es ist, davon bin ich überzeugt, ein Anliegen aller demokratischen Parteien im Hause, das schon dramatisch an Bedeutung gewinnt, wenn wir unseren Blick auf die – ich kann es nicht anders sagen – schockierenden, ja, schockierenden Chat-Protokolle einer politischen Gruppierung hier im Haus richten. Ja, es ist aus demokratischer Sicht schockierend, was man bei der AfD zu lesen bekommt, wenn die Masken intern fallen.

(Beifall)

Ich sage Ihnen mit Verlaub: Es schaudert mich, und ich habe Gänsehaut beim Gedanken daran, ausgerechnet im Bildungsausschuss – im Bildungsausschuss! – neben einer politischen Vertreterin Ihrer Fraktion zu sitzen, die laut Bericht des Bayerischen Rundfunks in Chats davon schreibt: "dass wir ohne Bürgerkrieg aus dieser Nummer nicht mehr herauskommen", die damit auf einen Beitrag reagiert, der davon faselt, dass "ohne Umstürze und Revolution" kein Kurswechsel mehr zu erreichen sei, der über "regierende Verbrecher" schimpft und feststellt: Wahlen "helfen ohnehin nicht mehr". Pfui Teufel!

(Beifall)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, all das verursacht bei jeder Demokratin und jedem Demokraten hier im Haus Gänsehaut und macht wütend. Ich habe gesagt: Pfui Teufel! Man möchte den Urhebern wirklich sagen: Schämt euch!

Mehr noch: Distanzieren Sie sich, und entschuldigen Sie sich vor dem bayerischen Volk, vor unserer Bayerischen Verfassung! Aber nein, was machen Sie als Fraktion? – Sie setzen hier heute noch eins drauf und sprechen in Ihrem – ich weiß gar nicht, wie ich es überhaupt nennen soll – unsäglichen Nachzieher von einer "politischen Indoktrination von Kindern", wenn Jugendverbände junge Menschen für Demokratie begeistern, wenn Lehrkräfte zur aktiven Mitwirkung animieren, wenn Kinder im Elternhaus mitreden dürfen und Demokratie lernen oder wenn wir als demokratische Politikerinnen und Politiker den Dialog mit der jungen Generation suchen. Das nennen Sie "Indoktrination". Ich sage Ihnen eines: Das, was Sie "Indoktrination" nennen, ist gelebte Demokratie und Partizipation. Bayern darf stolz darauf sein, das zu haben und zu pflegen. Gott sei Dank!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Im Übrigen, verehrte Kollegen der AfD: Wer war es denn, der illegal hier im Landtag Fotos von Schulklassen durch Photoshop gejagt hat, Parteilogos an Luftballons gebunden und die Kinder damit für unsägliche Parteinahme missbraucht hat? – Es war ein Vertreter aus Ihren Reihen! Die Präsidentin hat dagegen vollkommen zu Recht und erfolgreich Strafantrag gestellt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, eigentlich wollte ich der Truppe rechts außen gar nicht so viel Aufmerksamkeit schenken. Ich glaube, sie haben es eigentlich nicht verdient.

Umso mehr konzentriere ich mich zum Schluss auf die Forderungen unseres Antrags. Schützen wir, die demokratischen Kräfte hier im Haus, gemeinsam unsere Verfassung,

indem wir uns noch stärker vulnerablen Gruppen, gerade jungen, widmen, um sie nicht an verfassungsfeindliche Extremisten zu verlieren!

Intensivieren wir unsere schulische und außerschulische Bildungsarbeit! Ich meine: Jeder Schüler und jede Schülerin in Bayern sollte die Verfassung nicht nur erhalten. Er und sie sollten sie lesen und auch lernen: Unser Land ist in guter Verfassung, dank dieser Verfassung.

Stärken wir die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit in ihrer vorbildhaften Arbeit weiter! Stärken wir den Bayerischen Jugendring und alle Verbände! Machen wir Jugend- und Erwachsenenbildung noch stärker zum Ort demokratischen Lernens! Machen wir Demokratie auch noch stärker kommunal erlebbar! Hier beginnt für viele junge Menschen die Begegnung mit der Politik, der Mitgestaltung, der Mitbestimmung.

Nutzen wir die Kraft unserer Verfassung auch immer, um auf anderen Ebenen für Demokratie und Freiheit in Deutschland und Europa einzustehen! Schöpfen wir aus dem Schatz unserer Verfassung auch dann, wenn es darum geht, aktuell die Verfasstheit Europas in der Konferenz zur Zukunft der EU fortzuschreiben!

Tun wir all das im Bewusstsein, dass wir in Bayern eine starke und mutige Verfassung haben, eine Verfassung der Menschlichkeit, der Demokratie, der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Miteinanders; eine Verfassung, die unseren Freistaat als Einheit in Vielfalt leben lässt, in Liberalitas Bavariae!

Zeigen wir den anderen politischen Ebenen damit auch, dass Politik manchmal menschlich schmunzeln darf, nämlich dann vielleicht, wenn wir gemeinsam dafür werben, künftig europaweit den "Schwammerlparagrafen" zu garantieren; denn Bayern lebt seit 75 Jahren sehr gut mit ihm. Wir leben und schützen den Schatz unserer Verfassung. Ich sage zum Geburtstag: Ois Guade, bleib so, wiast bist!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Gotthardt. – Die nächste Rednerin ist die Kollegin Alexandra Hiersemann für die SPD-Fraktion.

Alexandra Hiersemann (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank, Herr Gotthardt, angesichts Ihres engagierten Vortrags ist einem ja fast die Brille beschlagen.

Wir haben Ihren Antrag dennoch mit etwas Überraschung zur Kenntnis genommen. Wir sind überrascht, wenn die Staatsregierung plötzlich gebeten wird, Präventions-, Jugend- und Bildungsprojekte zu prüfen; denn das sind allesamt Projekte, die ich und meine Fraktion seit Jahren gefordert haben. Sie wurden von der Mehrheit in diesem Hause aber immer wieder abgelehnt, auch von den FREIEN WÄHLERN, seitdem sie in diesem Hause sind.

Wir haben uns seit Jahren, wenn nicht sogar seit Jahrzehnten mit konstruktiven Forderungen zum Schutz einer lebendigen und wehrhaften Demokratie eingebracht. Dazu gehören Initiativen zur Demokratieerziehung gerade, aber nicht nur in der schulischen Bildung. Dazu gehören Maßnahmen, die die Zivilgesellschaft gegen die vielen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit schützen. Genauso gehören dazu Präventionsmaßnahmen gegen extremistische Szenen und ebenso ernsthafte Ausstiegsprogramme.

Nun, da viele Menschen also ihr Vertrauen in den Staat verloren haben und ihn immer heftiger ablehnen, greifen die Regierungsfraktionen überraschenderweise auf all das zurück, was sie bei uns in der Vergangenheit immer abgelehnt haben – aber immerhin: besser spät als nie. Warum das alles? – Weil die Verfassung Geburtstag hat. Heribert Prantl hat dazu geschrieben:

> Es ergeht den Leuten damit wie mit der Oma im Altersheim. Dass man sie hat, merkt man vor allem dann, wenn sie Geburtstag feiert.

Nun wollen Sie, die Herrschaften von den FREIEN WÄHLERN und der CSU, mit diesem Antrag gerne mitfeiern. Das ist quasi ein Geburtstagsantrag. Sie haben aber vergessen, von wem die Bayerische Verfassung eigentlich wesentlich gestaltet worden ist – um im Bild zu bleiben –, wer sie mit zur Welt gebracht hat.

Sie haben vergessen zu erwähnen, dass es der Sozialdemokrat Wilhelm Hoegner war, der aus dem von den Nazis erzwungenen Exil zurückkehrte und die maßgeblichen Verfassungsentwürfe mitbrachte. Durch ihn, durch seine Entwürfe wurde der entscheidende Grundstein für eine Verfassung gelegt, die starke Demokratinnen und Demokraten will, eine Verfassung, die in ihrer Präambel dauerhaft für die Segnungen des Friedens, der Menschlichkeit und des Rechts eintritt.

Dieses großartige Werk wurde durch Wilhelm Hoegner und durch die Männer und Frauen in der zerbombten Aula der Münchener Universität in Wintermänteln und in Rekordzeit vorbereitet. Dem folgte dann die Volksabstimmung.

Wir finden es deshalb, mit Verlaub, etwas armselig, dass Sie Wilhelm Hoegner in Ihrem Antrag nicht einmal erwähnen, und zwar nur deshalb, weil er Sozialdemokrat war, ihn, der 1933 zweimal den Mut hatte, gegen das Ermächtigungsgesetz der Nationalsozialisten zu stimmen, wie das auch alle anderen Parlamentarier der SPD-Fraktion taten. Deshalb erinnern wir an ihn und feiern ihn zusammen mit der Verfassung.

Wenn Sie, von den FREIEN WÄHLERN und der CSU, die Verfassung wirklich leben wollen, dann stimmen Sie unserem Antrag zu. Wir feiern dann gerne gemeinsam.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden uns beim Antrag der FREIEN WÄHLER und der CSU enthalten, weil unser Antrag die eindeutig substanzielleren Forderungen enthält. Für unseren Antrag bitten wir um Zustimmung, für eine lebendige Verfassung und zum Wohle einer freien und offenen Demokratie.

Dem Antrag einer Partei, die Umsturz und Bürgerkriegsfantasien hat, die Aussagen trifft, dass die gesamte Politik brennen solle, stimmen wir schon aus prinzipiellen Gründen nicht zu.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Hiersemann. – Für die AfD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Klingen das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Christian Klingen (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Angesichts des 75-jährigen Bestehens der Bayerischen Verfassung befassen sich die FREIEN WÄHLER mit Angriffen und Anfeindungen vonseiten extremistischer Gruppierungen gegen unsere Demokratie, mit einem Antrag, der auch von den GRÜNEN hätte kommen können, was wieder einmal überdeutlich zeigt, dass die Unterschiede zwischen den einzelnen Kartellparteien zunehmend geringer werden. Es wimmelt von ideologischen Schlagworten wie Partizipation, Solidarität, Sozialkompetenzen und natürlich Pluralismus, Toleranz und Gleichberechtigung – die klassischen Begrifflichkeiten, die sonst links-grün-bunt für sich okkupiert haben.

Wenn man den Antrag liest, erschließt sich nicht sofort, wofür oder wogegen sich die FREIEN WÄHLER genau positionieren. Kinder und Jugendliche seien vulnerable Zielgruppen, welche Extremisten für ihren radikalen Weg gewinnen möchten. Da drängt sich sofort der Gedanke an islamistischen Terror auf, an Hassprediger und Dschihad-Anwerbung, für die junge Menschen in besonderem Maße empfänglich sind, wie die FREIEN WÄHLER ganz richtig feststellen.

Es ist auch die Verbreitung antisemitischer Hetze von islamistischer Seite zu beklagen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die diversen Pro-Palästina-Demonstrationen in Berlin, bei denen sich regelmäßig offener Judenhass Bahn bricht. Auch unter den meist jugendlichen Aktivisten von Fridays for Future gibt es eine Reihe von

Wortführern, die sich zunehmend im Nahostkonflikt verzetteln und ein Antisemitismusproblem erkennen lassen.

(Beifall bei der AfD)

Historisch und politisch erkennbar unbedarften jungen Kundgebungsteilnehmern wird da leicht ein äußerst problematisches Weltbild vermittelt. Interessanterweise scheint man sich bei den FREIEN WÄHLERN aber darüber weniger Sorgen zu machen.

Worum es im Antrag genau geht, kann man erahnen, wenn Begriffe wie Corona-Pandemie fallen, wenn vom Misstrauen in die Wissenschaft und von einer gesellschaftlichen Spaltung die Rede ist. Dem will man entgegentreten, indem man Kinder und Jugendliche durch schulische und außerschulische Präventions- und Bildungsarbeit – so heißt es da – auf den rechten Weg bringt und sie von sogenannten Fake News, Desinformation und Verschwörungsideologien fernhält.

Dabei hat sich in letzter Zeit so manches, was man auf offiziellen Seiten oder im sogenannten "#Faktenfuchs" zunächst als Fake News dargestellt hat, nach nicht allzu langer Zeit doch als verstörend real erwiesen. Man denke hierbei nur an die offizielle Website der Bundesregierung, auf der diese mit Fakten gegen Falschmeldungen zur Corona-Schutzimpfung aufklärt. Noch bis vor Kurzem bezeichnete die Bundesregierung dort die mögliche Einführung einer Impfpflicht gegen das Coronavirus als Falschmeldung. Der entsprechende Hinweis ist nun auf wundersame Weise verschwunden – kein Wunder; denn zahlreiche Mandatsträger, darunter auch prominente Vertreter der "freien Quäler", überschlagen sich derzeit in ihren Forderungen nach Einführung einer allgemeinen Impfpflicht, und das lieber gestern als heute.

Man will also jungen Menschen schon frühzeitig nahebringen, sich erwünscht und regierungskonform zu verhalten. Betreutes Denken statt kritisches Hinterfragen – der perfekte Untertan.

Tatsächlich gibt es Angriffe und Anfeindungen vonseiten extremistischer Gruppierungen gegen unsere Demokratie, die die FREIEN WÄHLER beklagen. Dagegen helfen allerdings weniger Bildungsprogramme, sondern vielmehr Kontrollen, wer sich alles in unserem Land aufhält, und Abschiebungen von islamistischen Gefährdern und Gewalttätern.

Die derzeit größte Gefahr wird allerdings im Antrag nicht genannt: die zunehmende Aushebelung der Grundrechte, die zunehmende Spaltung der Gesellschaft durch die von Ihnen forcierte Impf-Apartheid sowie die seitens der Staatsregierung geplante allgemeine Zwangsimpfung.

Den Antrag der FREIEN WÄHLER und den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der SPD lehnen wir ab. Bitte stimmen Sie unserem Antrag daher zu.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es liegen zwei Zwischenbemerkungen vor: die erste von Frau Kollegin Gabi Schmidt, FREIE WÄHLER.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Herr Klingen, zunächst eine Bemerkung zu Ihrem Redenschreiber. Propaganda funktioniert nur, wenn man sie flüssig vorlesen kann. In Zukunft soll er bitte auf einige Worte verzichten. Das funktioniert noch nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ein Weiteres. Nachdem Sie ein Verfassungsspezialist sind, lautet meine Frage: Wie lassen sich Bürgerkriegsaufrufe mit unserer Verfassung vereinbaren? Das ist eine ganz wichtige Frage von mir an Sie.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Beides wollte ich einfach wissen. Sie sind auf die Bayerische Verfassung vereidigt. Wie gehen Sie damit um, wenn Sie tagtäglich dagegen verstoßen, indem Sie in solchen Chats unterwegs sind, indem Sie sich zum Geburtstag unserer Verfassung so

äußern? Wie passt das zusammen, wenn man praktisch den Werksvertrag oder den Einstellungsvertrag nicht einhalten kann, und das tagtäglich?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Christian Klingen (AfD): Über Äußerungen anderer Mitglieder gebe ich in der Öffentlichkeit nichts preis. Fragen Sie die Personen selber. Ich selber war nicht in dem Chat. Sie hätten bei meiner Rede richtig zuhören sollen. Sie wollen eine Impfpflicht einführen. Eine Impfpflicht gibt es nicht einmal in China. Das ist der Verfassung nicht gerade zuträglich, um es einmal vorsichtig auszudrücken. Wir als AfD-Fraktion werden mit allen Mitteln versuchen, diese Impfpflicht zu verhindern.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nun die Zwischenbemerkung von Herrn Prof. Dr. Winfried Bausback, CSU-Fraktion.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Kollege, ich möchte einfach nur wissen, wie Sie als AfD-Fraktion zu einer Äußerung in diesem Chat stehen, die Ihrer Kollegin Frau Cyron zugeschrieben wird. Distanzieren Sie sich von der Äußerung, die da lautet: Denke, dass wir ohne Bürgerkrieg aus dieser Nummer nicht mehr rauskommen werden? – Distanzieren Sie sich davon? Erwägen Sie, die Kollegin aus der Fraktion auszuschließen, oder sagen Sie: Das ist alles nicht so schlimm?

Ich erwarte von Ihnen, und ich erwarte von Ihrer Fraktion, dass Sie sich klar davon distanzieren; ansonsten sind Sie aus meiner Sicht klar in einer verfassungswidrigen und aktiv verfassungsfeindlichen Art und Weise unterwegs.

(Beifall bei der CSU)

Christian Klingen (AfD): Wir sind hier nicht vor Gericht oder vor einem Tribunal. Deswegen werde ich dazu nichts sagen und nichts äußern.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Sie hatten die Frage zwar inhaltlich nicht beantwortet, aber Sie müssen sie auch nicht beantworten, Herr Klingen. – Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Kollege Thomas Gehring das Wort.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Klingen, hier im Parlament ist der Ort, um in der Öffentlichkeit Rechenschaft für sein politisches Handeln abzulegen. Deswegen sind Sie hier in diesem Haus.

(Beifall)

Nach Bekanntwerden dieses Chats schaudert‘s mich – das muss ich sagen –, wenn der Fraktionsvorsitzende dieser Fraktion sagt, etwas mit allen Mitteln verhindern zu wollen. Da schaudert es mich.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den FREIEN WÄHLERN und der CSU, Herr Gotthardt, das war eine schöne pathetische Rede auf unsere Verfassung. Der Antrag kommt im Vergleich aber ziemlich klein daher, das muss man schon sagen. Wie die Kollegin von der SPD stelle auch ich mit Interesse fest, dass Sie Fragen zur Präventions- und Bildungsarbeit stellen. Ich kann Ihnen nur empfehlen: Schauen Sie sich unser Antragspaket an, das gerade auf den Tagesordnungen der Ausschüsse steht. Darin geht es um viele Vorschläge gegen Rassismus, gegen Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Dazu müssen Sie keine Fragen mehr stellen. Die Antworten werden Ihnen von der Opposition schon lange geliefert.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Ich freue mich, dass jetzt auch FREIE WÄHLER und CSU die Demokratie- und Partizipationsförderung von jungen Menschen unterstützen und sie erreichen wollen. Dazu sage ich: Schön! Ich gehe davon aus, dass Sie jetzt der Grundgesetzänderung für das Wahlrecht ab 16 Jahren im Bund zustimmen werden. Oder?

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Denn wenn man es mit Demokratie und mit Partizipation junger Menschen ernst meint, dann muss man sie auch ernst nehmen. Man muss auf sie hören, sie mitreden und mitentscheiden lassen, gerade über die Fragen, bei denen es um ihre Zukunft geht. In Ihrem Antrag finde ich nichts dazu.

Ihr Antrag ist nicht falsch; es steht nichts Verkehrtes drin. Aber mich macht es misstrauisch, wenn Sie schreiben, die Staatsregierung solle "im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel" alles Mögliche machen: schulische Angebote weiterentwickeln und fördern, Engagement ausbauen und fördern, schulische und außerschulische Angebote stärken.

Stärken, fördern, ausbauen – alles "im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel"? Liebe Leute, ein solcher Antrag ist doch unglaubwürdig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bildung für Demokratie, Bildungsarbeit gegen Hass, Diskriminierung und Antisemitismus müssen uns etwas wert sein. Das gibt es nicht zum Nulltarif.

Zum Nulltarif gibt es auch nicht Artikel 131 der Bayerischen Verfassung, den ich sehr gern zitiere. Darin heißt es: "Die Schüler sind im Geiste der Demokratie […] zu erziehen." Schüler im Geist der Demokratie zu erziehen, das macht man nicht nebenher. Aber genau so ist es in Bayern. Das zeigt auch eine Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung. Demnach nimmt Bayern bei der politischen Bildung im Bundesländervergleich einen der letzten Plätze ein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt zwar ein Gesamtkonzept der Staatsregierung für politische Bildung; aber es gibt nicht mehr Fachstunden. Demokratiebildung darf nicht nur dann stattfinden, wenn alle Schulaufgaben geschrieben sind und vor den Sommerferien noch eine Lücke gefüllt werden muss.

Ich will zu einem Punkt kommen, den auch Sie ansprechen. Wir haben nach 75 Jahren gelebter Demokratie in Bayern vor allem mit etlichen ehemaligen Schülerinnen und Schülern, das heißt, mit Erwachsenen, ein Problem in Bezug auf die Bildung für Demokratie. Das ist es doch, was wir im Zusammenhang mit Corona deutlich feststellen: das Weiterverbreiten von Fake News, Aggressivität in der Diskussion, das Unvermögen, in einer komplexen Welt wissenschaftliche Ergebnisse einzuordnen und sich ein eigenes, eigenverantwortliches Urteil zu bilden.

Auch darauf hat die Bayerische Verfassung eine Antwort. In Artikel 139 steht: "Die Erwachsenenbildung ist […] mit öffentlichen Mitteln […] zu fördern." – Deshalb müssen wir auch in die politische Bildung Erwachsener investieren.

Wir werden diesem Antrag zustimmen. Er ist nett; es ist im Wesentlichen ein Berichtsantrag. Spannend wird es nächste Woche, wenn Sie den Haushalt vorlegen. Dann wollen wir schauen, ob das ein Verfassungshaushalt ist, das heißt, ob Sie tatsächlich zu den Bereichen politische Bildung und Prävention etwas vorlegen. Ich habe ein paar Leerstellen genannt. Sie müssen liefern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Gehring. – Es liegen zwei Zwischenbemerkungen vor, die erste von Herrn Abgeordneten Singer, AfD-Fraktion.

Ulrich Singer (AfD): Geschätzter Herr Kollege Gehring, Ihre Äußerungen veranlassen mich, dazu noch einmal ganz klar Stellung zu nehmen: Alle Abgeordneten unserer Fraktion sind rechtstreue, patriotische Demokraten. Wir kämpfen mit ganz klar friedlichen, demokratischen Mitteln für Reformen in diesem Land.

(Widerspruch bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir wissen genau, dass Gedanken an Umstürze und Revolutionen das größte Gift in einer Gesellschaft sind. Ich bitte Sie! Aus den Tausenden Nachrichten, die in einer

Chatgruppe ausgetauscht werden, haben Sie zwei einzelne Nachrichten herausgegriffen und aus dem Zusammenhang gerissen.

(Widerspruch bei der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

Das lehnen wir ab. Diffamieren Sie unsere Partei nicht anhand von zwei Nachrichten! Beachten Sie doch viel lieber einmal die Hunderte und Tausende von Nachrichten, in denen wir konstruktive Ansätze aufzeigen und gute Vorschläge machen, wie man dieses Land voranbringen kann!

(Unruhe bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Singer hat das Wort.

Ulrich Singer (AfD): Hören Sie auf, unsere Partei auf diese plumpe Art und Weise zu diffamieren! Beachten Sie lieber unsere guten Anträge, mit denen wir Reformen in diesem Land voranbringen wollen.

(Beifall bei der AfD)

Thomas Gehring (GRÜNE): Ich habe mir vorhin überlegt, welche Literaturempfehlungen ich als studierter Germanist nach Ihren Reden geben würde. Ich hätte zwei: Die erste ist von Max Frisch und heißt "Biedermann und die Brandstifter".

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Die zweite ist von George Orwell und heißt "1984". Darin geht es um die vollkommene Umwertung von Begriffen. Das wären zwei gute Literaturempfehlungen auf Ihre Reden hin.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die zweite Zwischenbemerkung kommt von Herrn Kollegen Prof. Winfried Bausback, CSU-Fraktion.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Sehr geehrter Herr Kollege Gehring, Sie haben im Zusammenhang mit Ihren Ausführungen zur Verfassung das Wahlrecht angesprochen – einen Kernbereich unserer Verfassung – und sich hier für eine Absenkung des Wahlalters ausgesprochen. Das haben Sie mit der Feststellung verknüpft, dies sei die einzig glaubwürdige Art und Weise der Partizipation von unter 18-Jährigen. Deshalb frage ich Sie, ob Sie konsequenterweise die Regeln der beschränkten Geschäftsfähigkeit gemäß §§ 107 ff. BGB und die Anwendbarkeit des Jugendstrafrechts auf diese Altersgruppe aufheben wollen. Wie begründen Sie es ansonsten, dass wir mit einer Absenkung des Wahlalters noch nicht Volljährigen die Mitentscheidung über Gremien wie den Bundestag, der zum Beispiel über Einsätze der Bundeswehr entscheidet, und den Landtag, der auch Milliardenentscheidungen trifft, einräumen würden? Ich halte das nicht für zwingend.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ihre Redezeit.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Partizipation kann auch erfolgen, ohne das Wahlrecht zu ändern. Das Wahlrecht muss mit der Volljährigkeit verbunden bleiben.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Kollege Bausback, wir haben das Wahlrecht ab 16 in verschiedenen Bundesländern. Auch unsere Nachbarn in Österreich haben es. Die Fragen des Jugendschutzes und des Wahlrechts hängen nicht unmittelbar zusammen. Daher sehe ich keine Probleme damit, dass wir ein Wahlrecht ab 16 ermöglichen. Junge Menschen sind entscheidungsfähig und in ihrer politischen Urteilsfindung mündig. So beginnt die Religionsmündigkeit ab 14. Ich halte die politische Mündigkeit ab 16 und damit die Möglichkeit des Wahlrechts ab diesem Alter durchaus für gegeben – immer vorausgesetzt, wir haben an den Schulen entsprechenden Unterricht für politische Bildung; diesen müssen wir natürlich verbessern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Gehring. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Julika Sandt für die FDP-Fraktion.

Julika Sandt (FDP): Herr Kollege, Jubel, Trubel, Servus, Glückwunsch – ich hätte gedacht, Sie würden der Verfassung heute nicht mit leeren Händen gratulieren, sondern als Geschenk endlich die schon vor drei Jahren im Koalitionsvertrag versprochene Verfassungskommission auf den Weg bringen. Darin steht nämlich:

> Unsere Verfassung hat sich bewährt, aber wir wollen sie zeitgemäß weiterentwickeln. Dazu wollen wir im Landtag eine Verfassungskommission einsetzen.

Nach drei Jahren? – Mittlerweile glaube ich nicht mehr daran, dass das noch irgendwie geschehen wird. Seitdem ist es auch komplett still um dieses Thema geworden. Dieses Jubiläum wäre wirklich ein toller Anlass gewesen, die Verfassungskommission zu verkünden oder wenigstens anzukündigen. Ich glaube nicht mehr daran, dass in dieser Legislaturperiode noch irgendeine Weiterentwicklung in diese Richtung kommt. Dabei sehe ich unbedingt den Reformbedarf. Gerade wenn es um die Rechte von Kindern und Jugendlichen geht, erfüllt die Bayerische Verfassung nämlich noch nicht die Vorgaben der UN-Kinderrechtskonvention. Genau das aber haben wir vor Kurzem in einem Antrag gefordert, und wir werden es demnächst wieder in das Plenum hochziehen. Wir wollen, dass in die Bayerische Verfassung das Recht auf altersgerechte Beteiligung aufgenommen wird. Wir fordern auch die Beachtung des Kindeswohls bei allen staatlichen Maßnahmen. Das würde Sie zwingen, wirklich einmal zu handeln.

Sie haben offensichtlich Angst. Oder warum haben Sie das im Ausschuss abgelehnt? Sie erhalten in der nächsten Plenarsitzung die Chance zu zeigen, ob Ihnen die Kinderrechte wirklich wichtig sind bzw. ob das für Sie überhaupt ein Thema ist.

Abgelehnt haben Sie auch andere Anträge von uns, deren Inhalte sich aber jetzt in Ihrem Dringlichkeitsantrag wiederfinden. Ich erinnere zum Beispiel an unsere Anträge zur Stärkung der Jugendbeteiligung in den Kommunen. Auch diese haben Sie im Aus-

schuss abgelehnt. Sie können Ihre Meinung noch ändern und nächste Woche im Plenum zustimmen, wenn Sie es mit Ihrem Antrag, den Sie heute stellen, ernst meinen.

Unsere Anträge zur Demokratiebildung in den Schulen haben Sie abgelehnt. Wenn Sie junge Menschen ernsthaft beteiligen wollen, dann erklären Sie doch bitte, warum Sie unseren Gesetzentwurf zur Absenkung des Wahlalters und die Einführung eines Jugendchecks für Gesetze, wie es ihn auf Bundesebene gibt, abgelehnt haben.

Erst am Dienstag hat das Bundesverfassungsgericht das Recht der Kinder und Jugendlichen auf schulische Bildung bestätigt. Das wäre auch ein schöner Ansatz für die Anpassung unserer Verfassung.

In dem Antrag formulieren die Regierungsfraktionen ihr Servus, ihren Glückwunsch usw. Sie reichen aber, wie gesagt, der Verfassung leere Hände. Im Rahmen der vorhandenen Stellen und Mittel soll "geprüft" und "berichtet" werden. An dieser Formulierung zeigt sich die übliche Halbherzigkeit, mit der Sie Ihre eigenen Vorhaben angehen.

Bisher ist die Regierungskoalition dem Anspruch, den sie in ihrem Antrag formuliert, jedenfalls in keiner Weise gerecht geworden. Aber die Hoffnung stirbt zuletzt. Wir geben Ihnen hier eine neue Chance, Ihrem Anspruch tatsächlich gerecht zu werden und zum Beispiel etwas für die Partizipation von Kindern und Jugendlichen zu tun.Das werden wir gleich in der Abstimmung würdigen.

Was den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der SPD angeht: Dieser ist mit heißer Nadel gestrickt; eine Beratungsstelle hier, ein Expertenkreis dort. Das Anliegen ist richtig, aber ein paar Dinge, die darin enthalten sind, halte ich für fragwürdig. Etwa das Bleiberecht für Opfer rechter Gewalt ohne gesetzlichen Bleibestatus halte ich für fragwürdig.

Alles in allem ist das Anliegen der SPD, die Demokratie zu stärken, richtig, aber die einzelnen Punkte des Antrags sind zum Teil fragwürdig, und ich erkenne auch kein klares Konzept. Deswegen werden wir uns enthalten.

Die AfD unterstellt nun, dass alle Kinder staatlich massiv indoktriniert werden. In der Begründung schwingen die üblichen Klischees und die Medienschelte mit. Das Thema Impfen wird einfach mit hineingemischt. Diesen heuchlerischen Antrag lehnen wir selbstverständlich ab.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Sandt. – Nächste Rednerin ist für die CSU-Fraktion Frau Kollegin Dr. Ute Eiling-Hütig.

Dr. Ute Eiling-Hütig (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Heute vor genau 75 Jahren, gut eineinhalb Jahre nach Kriegsende und knapp zweieinhalb Jahre vor Inkrafttreten des Grundgesetzes, am 1. Dezember 1946, war die Geburtsstunde der modernen Demokratie in Bayern. An jenem Sonntag machten 75,7 % der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger erstmals nach der NS-Diktatur auf Landesebene wieder von ihrem Stimmrecht Gebrauch und stimmten mit 70,6 % für die Verfassung des Freistaats Bayern. Die Bayerische Verfassung hat sich seitdem als stabile Basis für unsere freiheitliche Demokratie hervorragend bewährt.

Wie Sie aber alle wissen, ist diese Demokratie vor allem seit der Corona-Pandemie in zunehmendem Maße Angriffen und Anfeindungen ausgesetzt, von rechts- und linksextremistischen Gruppierungen ausgehend. Dass dabei Feinde unserer Demokratie auch mitten unter uns sind, zeigt die Berichterstattung von BR24 vom heutigen Tage. Der Zusammenhang wird Ihnen damit vielleicht klar, Herr Singer. Ich zitiere:

> Umsturzpläne, Verachtung, Androhung von Gewalt – ein geschlossener Telegram-Chat der AfD Bayern zeigt radikale Positionen gegen Staat und demokratische Institutionen. Beteiligt sind Spitzenpolitiker der Partei.

Ich zitiere weiter den BR: In einer Telegram-Gruppe der AfD nennt ein oberbayrischer AfD-Kreisvorsitzender im Dezember 2020

Deutschland "Bananenland", das System "korrupt" und "kriminell", schreibt von "regierenden Verbrechern" und kommt zu dem Schluss:

(Zuruf)

– Zuhören bildet –

"Ohne Umsturz und Revolution erreichen wir hier keinen Kurswechsel mehr." Wahlen "helfen ohnehin nicht mehr." […] Der Kreisvorsitzende erhält dafür Zuspruch. Anne Cyron, seit 2017 für die AfD im Bayerischen Landtag, antwortet auf die Nachricht: "Denke, dass wir ohne Bürgerkrieg aus dieser Nummer nicht mehr rauskommen werden."

(Zuruf)

So die Berichterstattung BR24.

(Beifall)

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, um diesen und anderen Angriffen auf unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zu begegnen, bitten wir in diesem Dringlichkeitsantrag die Staatsregierung darum, zu prüfen und zu berichten, mit welchen Maßnahmen und Projekten der Demokratie- und Partizipationsförderung gerade vulnerable Zielgruppen wie Kinder und Jugendliche, aber auch Menschen mit existenziellen Krisenerfahrungen noch besser und früher erreicht werden können; denn gerade jene Gruppen sind es, die Extremisten gezielt für ihren radikalen Weg gewinnen möchten, da sie auf der Suche nach Identität und Zugehörigkeit für radikale Ansprachen in besonderem Maße empfänglich sind.

Wie Sie alle wissen, informieren sich die meisten jungen Leute heute vor allem im Internet über Politik oder werden in den sozialen Netzwerken mit politischen Aussagen, Gerüchten und leider häufig auch Fake News konfrontiert. Diese Fake News haben durch die seit Corona wuchernden Verschwörungstheorien eine neue, besorgniserre-

gende Dimension erreicht. Deshalb bitten wir die Staatsregierung, auch zu prüfen und zu berichten, mit welchen Maßnahmen und Projekten der schulischen und außerschulischen Präventions- und Bildungsarbeit künftig noch stärker auf Fake News und Verschwörungsideologien reagiert werden kann.

Weil die Basis unserer Demokratie in den Kommunen liegt, wollen wir auch dort die Bürgerbeteiligung vertiefen, um so Radikalisierungstendenzen vorzubeugen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Väter und Mütter unserer Bayerischen Verfassung haben geschrieben – ich zitiere –:

> Angesichts des Trümmerfeldes, zu dem eine Staats- und Gesellschaftsordnung ohne Gott, ohne Gewissen und ohne Achtung vor der Würde des Menschen die Überlebenden des zweiten Weltkrieges geführt hat […]

Den weiteren Text der Präambel werden Sie kennen. Wir heute politisch Verantwortlichen haben die Pflicht, diese Verfassung und diese Demokratie gegen diejenigen zu verteidigen, die heute auf eine Staats- und Gesellschaftsordnung ohne Gott, ohne Gewissen und ohne Achtung vor der Würde des Menschen hinarbeiten. Dafür tun wir schon sehr viel; aber nichts ist so gut, als dass wir es nicht noch besser machen könnten.

Deshalb bitte ich Sie herzlich um Zustimmung zum Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER und der CSU. Der nachgezogene Antrag der SPD, den wir ablehnen, ist kein neuer Antrag. Vieles von dem darin Geforderten haben wir schon. Wir sollten den Bericht abwarten. Dann wissen wir, was unter Umständen noch fehlt.

Aber vor allen Dingen lehnen wir den Antrag der AfD ab. Diese hat sich heute selbst disqualifiziert.

> (Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Bleiben Sie bitte noch am Mikrofon, Frau Dr. Eiling-Hütig. – Es liegt der Wunsch des Herrn Abgeordneten Stadler, AfD-Fraktion, vor, eine Zwischenbemerkung zu machen.

Ralf Stadler (AfD): Sehr geehrte Frau Dr. Ute Eiling-Hütig, von Heiko Maas über Jens Spahn bis zu Christine Lambrecht, alle propagierten bis zuletzt das Mantra: Es wird keine Impfpflicht geben! – Was von diesen leeren Versprechungen zu halten ist, haben wir in den letzten Tagen gesehen: Von Söder bis Scholz Politiker, die innerhalb weniger Tage zeigen, dass die Aussagen nichts wert sind. Von der freiwilligen Impfung zur Zwangsimpfung. Das sind für mich die wahren Corona-Lügner. Aber Impfskeptiker werden als Corona-Leugner hingestellt. Das kann es doch nicht sein. Ein Zwang zur Impfung mit einem unausgereiften Impfstoff, der die Gerinnung fördert und unzählige unerklärliche Fälle von Schlaganfällen und Herzproblemen hervorruft, darf doch nicht einfach verordnet werden.

(Unruhe)

Wie können Sie eine staatliche Zwangsimpfung verantworten? Das würde mich interessieren.

(Zurufe)

Dr. Ute Eiling-Hütig (CSU): Sagen Sie mir bitte noch einmal Ihren Namen? Ich habe ihn nicht verstanden.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Stadler hat Ihnen die Frage nach der angeblichen staatlichen Zwangsimpfung gestellt.

Dr. Ute Eiling-Hütig (CSU): Herr Kollege Stadler, ich hätte mir gewünscht, dass der einzige Grund für Ihre Wortmeldung nach meiner Rede darin bestanden hätte, dass Sie sich deutlich von dem distanzieren, was ich eben zitiert habe,

(Beifall)

nämlich von einem Bürgerkrieg und Umsturz. Alles andere ist Fake. Sie wissen ganz genau, dass das überhaupt nicht Thema war.

(Zuruf)

– Ach, Herr Singer, geben Sie es doch auf!

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Dr. Eiling-Hütig. – Für die Staatsregierung hat Frau Staatssekretärin Anna Stolz das Wort.

Staatssekretärin Anna Stolz (Unterricht und Kultus): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Sommer 1946, ja, wortwörtlich im Angesicht des Trümmerfeldes, haben 146 Verfassungsväter und 4 Verfassungsmütter den Entwurf zu unserer heutigen Bayerischen Verfassung erarbeitet.Nach zwölf Jahren NS-Diktatur haben sie für Bayern eine neue Ordnung als Frei-, als Rechts-, als Sozial- und als Kulturstaat erarbeitet. Sie haben auch die Rechte und Pflichten der Bürgerinnen und Bürger neu definiert. Am 1. Dezember 1946 hat sich dann die Bevölkerung mit einer breiten Mehrheit – wir haben es eben gehört – von über 70 % für diesen Entwurf ausgesprochen. Heute, also auf den Tag genau vor 75 Jahren, ist es passiert, und heute, 75 Jahre später, wissen wir: Die Mütter und Väter unserer Bayerischen Verfassung haben großartige Arbeit geleistet.

Aber leider, liebe Kolleginnen und Kollegen, erstarken seit einigen Jahren in unserem Land wieder demokratiefeindliche und extremistische Kräfte. Hass und Hetze im Netz nehmen zu und beeinflussen immer mehr unsere jungen Menschen. Gerade die Corona-Pandemie und die zu ihrer Bekämpfung erforderlichen Maßnahmen geben Reichsbürgern und Rechtsextremisten neuen Auftrieb. Wir alle haben noch die Bilder gewaltbereiter Corona-Leugner auf den Stufen des Reichstags im letzten Sommer vor Augen. Auch der Antisemitismus wird durch die Pandemie weiter verstärkt, beispielsweise durch die unsäglichen "Ungeimpft"-Judensterne oder die vielen kruden Verschwörungstheorien.

Meine Damen und Herren, daher ist Aufklärungs- und Präventionsarbeit heute wichtiger denn je. Bei uns in Bayern ist seit 1946 ein sehr differenziertes System der Extremismusprävention und der politischen Bildung entstanden. Das entwickeln wir immer weiter. Wir passen es an neue Herausforderungen an.

Ich möchte hier nur einige Beispiele aus dem Bereich des Kultusministeriums nennen wie das Gesamtkonzept für die politische Bildung an bayerischen Schulen, die Neuaufstellung und die Stärkung der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, die umfassenden Maßnahmen zur Medienbildung, die Förderung von politischen Stiftungen und Akademien und von der politischen Erwachsenenbildung, das Gesamtkonzept Erinnerungskultur oder auch das Gesamtkonzept für jüdisches Leben und Bekämpfung des Antisemitismus, das wir gerade erarbeiten.

Nicht zuletzt haben wir für dieses Schuljahr die Kapazitäten für die Regionalbeauftragten für Demokratie und Toleranz verdoppelt. Neben unserem Ressort leisten weitere Ressorts wie beispielsweise das Innenministerium, das Sozialministerium oder auch das Justizministerium ganz wesentliche Beiträge für die politische Bildung und für die Extremismusprävention. Bei dieser Diskussion sind auch nicht die zahlreichen gesellschaftlichen Kräfte zu vergessen, die sich im "Bayerischen Bündnis für Toleranz" und im "Wertebündnis Bayern" zusammengeschlossen haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin deshalb überzeugt: Der Werkzeugkasten für eine wehrhafte Demokratie ist bei uns im Freistaat gut gefüllt. Deshalb möchte ich auch im Namen von Kultusminister Prof. Dr. Michael Piazolo allen Menschen bei uns im Freistaat ganz herzlich danken, die sich starkmachen für unsere Verfassung, die sich starkmachen für unsere Demokratie. Es ist richtig und sinnvoll, dass wir zu diesem Verfassungsjubiläum gebeten werden, einen Bericht vorzulegen und die zahlreichen Maßnahmen darzustellen, die wir im Freistaat schon haben. Wir werden dabei alle beteiligten Ressorts mit einbinden und werden das abstimmen. Ich freue mich heute schon auf die Diskussion im Landtag und möchte an die SPD-Fraktion gewandt sagen, dass wir uns einig sind, wie wichtig das Thema politische Bildung, auch Extre-

mismusprävention ist. Ich bitte aber darum, dass wir bezüglich der konkreten Maßnahmen den Bericht abwarten. Dann können wir gerne gemeinsam mit den anderen beteiligten Ressorts diskutieren, ob wir an der einen oder anderen Stelle noch besser werden können und Maßnahmen anders bündeln können.

Zum Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion möchte ich gar nicht mehr viel sagen, nur noch, dass ich jegliche Unterstellung einer politischen Indoktrination unserer Kinder und Jugendlichen durch die Bayerische Staatsregierung auf das Entschiedenste zurückweisen möchte.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Staatssekretärin Stolz. – Es gibt eine Zwischenbemerkung, und zwar von Herrn Kollegen Johannes Becher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johannes Becher (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Staatssekretärin, ich hätte eine Frage zum Thema Verfassung mit Bezug auf den Koalitionsvertrag. Dort heißt es, unsere Verfassung hat sich bewährt, aber wir wollen sie zeitgemäß weiterentwickeln. – Thema dieses Dringlichkeitsantrags ist "75 Jahre Bayerische Verfassung". Es heißt im Koalitionsvertrag: Wir wollen eine Verfassungskommission im Landtag einsetzen. – Da würde ich Sie einfach um einen aktuellen Sachstand bitten: Wird das in dieser Legislaturperiode noch was mit der Verfassungskommission oder nicht?

Staatssekretärin Anna Stolz (Unterricht und Kultus): Wir werden, wie gesagt, einen Bericht vorlegen, alle beteiligten Ressorts einbinden und dann Maßnahmen vorstellen.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Staatsekretärin Stolz. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU auf Drucksache 18/19276 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der CSU und der FDP. Gegenstimmen! – Bei Gegenstimmen der AfD-Fraktion sowie des Abgeordneten Plenk (fraktionslos). Enthaltungen! – Die SPD-Fraktion enthält sich. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/19294 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktionen der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. – Gegenstimmen! – Die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU und der AfD sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Enthaltungen! – Die FDP-Fraktion enthält sich. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/19295 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD, der FREIEN WÄHLER, der CSU und der FDP sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Dementsprechend keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Fürs Protokoll: Herr Sauter (fraktionslos) hatte beim SPD-Dringlichkeitsantrag und beim AfD-Dringlichkeitsantrag dagegengestimmt und beim CSU-Antrag dafür.